

1991 - 2015: SEIT DER DEUTSCHEN EINHEIT

Es ist Zeit zu widerstehen! Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Fremdenfeindlichkeit vom 7. Oktober 1992

Wir, die Mitglieder des Bundesausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und für Demokratie und Toleranz einzutreten. Fast täglich werden in unserem Land Gewalttaten gegen Menschen anderer Nationalität verübt, werden Menschen öffentlich mißhandelt und gejagt. Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit gegenüber den Gewalttätern greifen um sich. Heimlich oder sogar offen wird Sympathie für die Gewalttäter geäußert. Diese Sympathisanten machen sich der Beihilfe schuldig.

Für fremdenfeindliche Ausschreitungen gibt es keine Rechtfertigung. Gewalttätigkeiten sind kriminelle Handlungen und müssen als solche verfolgt und geahndet werden. Wir appellieren an alle Demokraten: Stellt Euch der Gewalt entgegen! Wenn die Welle der Gewalt nicht gestoppt wird, wird sie sich - das zeigt die Geschichte - immer neue Opfer suchen. Heute sind ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger die Opfer, morgen könnten es jüdische sein und übermorgen vielleicht die Gewerkschaften. Fremdenfeindlichkeit schadet nicht nur den Fremden, sondern uns allen. Menschenverachtung und Haß zerstören die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Die Sorgen der Menschen, die sich in Ausländerfeindlichkeit äußern, müssen ernst genommen werden. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß Ausländer zu Sündenböcken für Probleme gemacht werden, die sie nicht verschuldet haben. Mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit müssen die tieferen Ursachen von Haß und Gewalt angepackt, also die Arbeitslosigkeit bekämpft, die Wohnungsnot gemildert, soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit aufgefangen werden.

Es sind in erster Linie die sozial Schwachen, deren Lebensbedingungen durch die verstärkte Zuwanderung aus Krisengebieten zusätzlich belastet werden: Sie erleben die Zufluchtsuchenden als Konkurrenz. Aber selbst die vollständige Abschaffung des Asylrechts könnte den Zugang von Flüchtlingen und Zuwanderern nicht stoppen, wenn nicht die Ursachen von Flucht und Wanderung beseitigt werden.

Der DGB fordert die uneingeschränkte Erhaltung des politischen Asylrechts (Artikel 16 des Grundgesetzes). Für Menschen, die nicht vor Gefahren für Leib und Leben fliehen, müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die eine "geordnete" Zuwanderung ermöglichen. Wir wollen mit Menschen

anderer Nationen zusammenleben und zusammenarbeiten. Wir haben nur gemeinsam eine Zukunft.
Es ist höchste Zeit, für diese gemeinsame Zukunft mutig einzutreten.

Quelle: ötv-magazin Nr. 11 vom November 1992, S. 9.